

Durchschnitt nicht $\frac{1}{2}$ δ , sondern höchstens $0,15 \delta$ als Selbstkostenpreis einer Ortskarte in Rechnung stellen, da eben die größere Hälfte von der Privatindustrie hergestellt und dann mit Marken belebt wird.

Die Behauptung, daß die Einführung des wohlfeilen Orts- und Nachbarortspostos ein Fehler gewesen sei, wie einige Kommissionsmitglieder herausgefunden haben, erweist sich als Fabel. Vielmehr war diese Maßregel eine sehr wertvolle Errungenschaft, wenn auch nicht alle Sätze so billig ausfielen, wie sie früher bei den 81 städtischen Privatposten waren, die $9\frac{1}{2}$ Millionen Stadtbewohnern zu gute kamen. Eine besondere Unkenntnis offenbart sich bei den Gegnern des jetzigen Orts- und Nachbarortspostos der Reichspost darin, daß sie gewöhnlich meinen, es läme doch nur wenigen großen oder größeren Städte zu gute. In Wirklichkeit wurden im Jahre 1900 aber 1124 Ortsgruppen mit 2248 Ortschaften damit bedacht, deren Einwohnerzahl auf nahezu 30 Millionen zu schätzen wäre, und sofern ein Bedürfnis vorlag, ist deren Zahl seitdem noch vermehrt worden. Es gab im Jahre 1900 in Deutschland 2269 Landstädte mit 2000–5000 Einwohnern und 1091 Städte mit 5000 und mehr Einwohnern, darunter nur 33 Großstädte mit über 100 000. Auch die meisten kleinen Landstädte also, ja oft auch Dörfer, genießen das Nachbarortspost, wenn nahe andre Ortschaften rege Nachbarbeziehungen schaffen; das billige Ortsporto aber kommt allen Orten zu, wenn auch in kleinen Dörfern natürlich kaum ein Bedürfnis danach besteht. Auch vom Standpunkt ländlicher oder landstädtischer Interessen ist der Kampf gegen das billige Orts- und Nachbarortspost also unbegründet. Die deutschen Orts- und Nachbarortstagen sind auch gar nicht einmal unerhört niedrige Sätze; das 2 δ -Porto für Postkarten und Drucksachen bis zu 50 g ist an sich durchaus nicht unrentabel. Wenn ein Landbriefträger im ganzen am Tage nur etwa 25 solche Sendungen hätte, dann allerdings. Aber ein Stadtbriefträger, der unter 150 andern Briefpostsendungen vielleicht 25 Orts- und Nachbarortsendungen austrägt und insgesamt 6 bis 7 \mathcal{M} Portoerträge darstellt, kann die billigen Sendungen sehr gut mitnehmen. In Frankreich, in Belgien und Luxemburg gibt es für gewöhnliche Drucksachen des Fernverkehrs Poststufen von 1 Centime = $0,8 \delta$, in der Schweiz und in Italien solche von 2 Centimes = $1,6 \delta$, in Holland 1 Cent = $1,7 \delta$. Und bei uns macht der billigste Satz für Briefpostsendungen immer noch 2 δ aus.

Weshalb die wohlfeilen Orts- und Nachbarortstagen ein Fehler sein sollen, ist also nicht einzusehen. Finanziell haben sie sich sehr gut bewährt. Die Ortsbriefzahl belief sich vor der Reform (1899) auf 142 Millionen, 1902 waren es 272 Millionen Orts- und Nachbarortsbriefe; der Portoertrag ergab vorher 8,8 Millionen Mark, 1902 aber 13,6 Millionen Mark. Das soll ein Fehler sein? Ortspostkarten wurden 1899 rund 88 Millionen zum Porto von 5 δ verschickt. Ertrag 4,4 Millionen Mark. 1902 waren es rund 239 Millionen Karten zu 2 δ im Orts- und Nachbarortverkehr. Ertrag 4,8 Millionen Mark. Für 1904 sind entsprechend zu veranschlagen 277 Millionen Karten und 5,54 Millionen Mark Portoertrag. Das soll wieder ein Fehler sein? Ortsdrucksachen wurden vor der Reform (1899) 51,5 Millionen Sendungen befördert; 1902 rund 140 Millionen im Orts- und Nachbarortverkehr. Der Mehrertrag ist auf $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark zu schätzen. Ortswarenposten wurden 1899 befördert: 1,83 Millionen, 1902 aber 3,52 Millionen; 1904 waren es, entsprechend geschätzt, 4,4 Millionen, so daß also der jetzige Portoertrag auch nicht kleiner ist.

Eine Rückschraubung des Orts- und Nachbarortspostos auf den alten Stand würde zweifellos den Verkehr verringern und den Verkehrsfortschritt verlangsamen, während nach den Absichten des Herrn v. Podbielski die Ringe des Nachbarortverkehrs allmählich immer mehr erweitert werden sollten, bis schließlich das billige Briefporto dem ganzen Land zugute käme. Mit der Aufrollung der Frage, ob Leistung und Gegenleistung bei der Post sich überall entsprechen, wird auch den ländlichen Interessen kein Dienst erwiesen; denn die besonders den Städten so menschenfreundlich zugedachte Verkehrsverteuerung muß diese zu Betrachtungen über die Rentabilität der Post auf dem flachen Land herausfordern. Und da wären ganz andre Bevorzugungen festzustellen, als angeblich den Städten zuteil werden.

Nur ein paar Punkte aus der Reichspoststatistik für 1904!

Der Oberpostdirektionsbezirk Groß-Berlin bringt allein 81,3 Millionen Mark oder 18 v. H. der Gesamtsumme an Porto- und Telegraphengebühren ein, während die sämtlichen östlichen Provinzen Preußens, einschließlich Schlesiens, und zusammen mit Mecklenburg in 11 Bezirken bloß etwa 65 Millionen Mark aufbringen. Im Bezirk Gumbinnen sind es bloß 3,06 Millionen Mark bei einer Größe von 15 885 Q.-Km. gegenüber 631 Q.-Km. Groß-Berlins. In Berlin fällt erst auf 12 226 Menschen eine Postanstalt, im Bezirk Gumbinnen schon auf 995 Menschen. Auf jeden Postbeamten des Berliner Bezirks verrechnet, kommen 3023 \mathcal{M} von der gesamten Bezirkseinnahme. Im Gumbinner Bezirk fallen bloß 797 \mathcal{M} der ganzen Einnahme auf jeden Beamten. Aber schon ein Landbriefträger bekommt 800–1000 \mathcal{M} Gehalt und Wohnungsgeldzuschüsse, Postunterbeamte 900–1500 \mathcal{M} , gehobene Unterbeamte 1200 bis 1800 \mathcal{M} und Zuschüsse, Postassistenten 1500–3000 \mathcal{M} und Zuschüsse, Vorsteher III. Klasse 1500–3000 \mathcal{M} , II. Klasse 2100–4200 \mathcal{M} , I. Klasse 3000–5400 \mathcal{M} und Zuschüsse usw. Die Gumbinner Bezirkseinnahme reicht also lange nicht einmal zur Beamtenbesoldung aus, geschweige denn zum Unterhalt der 204 Pferde mit 386 Wagen und Schlitten, der 764 Telegraphenapparate, der 455 Orte mit Fernsprechanstalten und der etwa 10 700 km langen Telegraphen- und Fernsprechleitungen. Die Unterbilanz des Postdienstes in den östlichen Provinzen, wo bei dem geringen Verkehr Leistung und Gegenleistung nicht ausgeglichen werden können, bestreitet zum wesentlichen Teil Berlin, bestreitet Hamburg (30,3 Millionen Mark Postbezirkseinnahme), Düsseldorf (28,9 Millionen Mark), Leipzig (18,8 Millionen Mark), Köln (12,6 Millionen Mark), Chemnitz (14,8 Millionen Mark) und die städtereichen Bezirke. Man höre also endlich auf mit dem Ruf nach Ausgleich von Leistung und Gegenleistung und lasse sich in erster Reihe von Zweckmäßigkeitsgründen und vom Blick auf das Ganze leiten.

Mitteilungen aus Rußland.

(Vgl. Nr. 40 d. Bl.)

Es ist eine alte, beklagenswerte Tatsache, daß die Organisation des russischen Buchhandels noch sehr viel zu wünschen übrig läßt und daß, um diesen wichtigen und unentbehrlichen Handelszweig auf die ihm gebührende Höhe zu bringen, noch viele Reformen dringend notwendig sind. Seit etwa 23 Jahren besteht zwar ein russischer Buchhändler- und Verlegerverein mit einer ansehnlichen Mitgliederzahl, der auch wirklich manches Verdienstliche geleistet hat; aber es ist ihm bisher noch nicht gelungen, eine einigermaßen befriedigende Organisation — wie beispielsweise im deutschen Buchhandel — zustande zu bringen. Um dieses Resultat zu erzielen, ist nun ein neuer Versuch unternommen worden. Ein kürzlich versandtes Zirkular fordert zur Bildung eines neuen Allrussischen Verbands von Buchhändlern, Verlegern, Herausgebern und Autoren auf: „um sich gegenseitig zu unterstützen, einen größeren Absatz für Bücher zu erzielen, für den Buchhandel Kredit zu schaffen und ein regelrechtes Kommissionswesen einzuführen“. Die Unterzeichner des Zirkulars machen dem alten Verein den Vorwurf, daß er es nicht verstanden habe, die Angehörigen dieser Berufe zu sammeln und zu vereinigen; es herrsche unter ihnen Zwietracht und gegenseitiges Mißtrauen, sie betrachteten sich feindlich als Konkurrenten, und daher könne ein richtig organisierter Buchhandel nicht zustande kommen. Namentlich fehle es aber am Standesbewußtsein, und dies sei die Hauptursache der Uneinigkeit und Hilflosigkeit im russischen Buchhandel.

Leider muß es stark bezweifelt werden, daß die Aufforderung der fünf Unterzeichner dieses Rundschreibens Erfolg haben wird. Nur dann, wenn allbekannte große Firmen, namentlich kapitalkräftige Verleger, sich an die Spitze eines solchen Unternehmens stellen, kann eine allgemeine, wenn auch nicht ausnahmslose Beteiligung erwartet werden. Zuvor hätte man sich daher vergewissern sollen, ob sich auch die maßgebenden Geschäfte, ohne deren Teilnahme eine solche Reform undenkbar ist, beteiligen werden; ohne ihre Mitwirkung kann von einer Lebensfähigkeit des Unternehmens keine Rede sein. Und bevor wir nicht überzeugt sind, daß der projektierte Verband zustande kommt, dürfte es auch keinen Zweck haben, die Leser dieses Blattes mit den provisorischen Statuten zu befassen.

Die kaiserliche Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg